

Bildungspolitik in Niedersachsen:

Frustrierende Bilanz

Wahlversprechen 2017 auf „bessere Bildungschancen“ nicht eingelöst

Die damalige Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien SPD und CDU mit dem Ziel ein „modernes Niedersachsen“ zu schaffen, ist im Bildungsbereich weit verfehlt. Die Steigerung der Qualität im Bildungssystem „spürbar“ zu verbessern, ist weder bei den Kitas noch im Schulbereich gelungen. Im Gegenteil: Die Einlösung des Wahlversprechens eines „beitragsfreien Kindergartens“ (den übrigens niemand gefordert hat) verschlingt jährlich Unsummen und blockiert dringend notwendige Finanzierungen in die Qualitätsverbesserung von Kita und Schule. Gute Bildung scheidet derzeit am akuten Personalmangel. Die Novellierung des Kitagesetzes vertagt notwendige Reformen bei der frühkindlichen Bildung auf unbestimmte Zeit, die Bildungsbrücke zur Grundschule ist durch den Wegfall der Sprachförderung durch Grundschullehrkräfte stark gefährdet und die Arbeitsbedingungen in den Kitas sind durch Überlastung der Kitakräfte unzumutbar.

Im Schulbereich sieht es nicht besser aus. Das Versprechen einer besseren Unterrichtsversorgung hat sich ins

Gegenteil verkehrt, der digitale Wandel kommt nur im Schneckentempo voran und die inklusive Schule steht vor dem Aus. Da ist es nur noch folgerichtig, dass auch beim Wahlversprechen der besseren Bezahlung von mindestens A13/EG13 für alle Lehrkräfte, besseren Arbeitsbedingungen mit einer neuen Arbeitszeitverordnung und einer weiteren Entlastungsstunde für Lehrkräfte ab 55 Jahren nichts passiert ist. Eine traurige Bilanz nach fünf Jahren der großen Koalition in Niedersachsen. Diese Untätigkeit lässt sich auch nicht mit Corona und dem Ukraine-Krieg rechtfertigen. Der grundlegende politische Wille zu einer notwendigen massiven Investition in Bildung ist in Niedersachsen nicht erkennbar. Die nächste Regierung muss einen Scherbenhaufen verfehlter Bildungspolitik übernehmen und mit riesigen Herausforderungen fertig werden.

Unserem gesamten Bildungssystem von den Kitas über die Schulen bis hin zu den Ausbildungsstätten droht durch den akuten Personalmangel der Kollaps. 

Fehlendes Personal und Reformstillstand – ist „gute Bildung“ noch zu retten?

Wahlversprechen auf dem Prüfstand – Erwartungen des VBE für einen Neuanfang

Im Mai hatte der VBE die Parteien im Zuge der Landtagswahl im Oktober anhand von Wahlprüfsteinen um Antworten zu den drängendsten Fragen in der Schulpolitik gebeten und diese in zeitnah 2/2022 verkürzt abgedruckt. Die kompletten Antworten sind auf der Homepage des VBE Niedersachsen nachzulesen.

Können die Antworten überzeugen? Schaffen wir mit den Wahlaussagen die Wende in der Bildungspolitik oder sind es nur leere Versprechungen? Der VBE hat die Antworten der Parteien einer praxistauglichen Bewertung unterzogen und seine Erwartungen formuliert.

Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung

Alle befragten Parteien (SPD, CDU, FDP und Bündnis90/ Die Grünen) sind sich in ihren Wahlprogrammen einig, dass es zur Gewinnung von mehr Lehrpersonal einer Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufes bedarf. Die **Bezahlung für alle Lehrkräfte** von mindestens A13/EG 13 ist für alle Parteien ein erklärtes Ziel.

Eine **Verbesserung der Arbeitsbedingungen** gehört ebenfalls zu den Wahlprogrammen. Konkret wollen alle die Altersermäßigung ab 55 Jahren wieder einführen. Entbürokratisierung, kleinere Klassen und mehr Leitungszeit fordert die FDP, eine „Lehrkraftprämie“ für unterversorgte Regionen die CDU.

Der Ausbau der multiprofessionellen Teams (CDU), bessere Qualifizierung von Quereinsteigern (SPD) und mehr SchulpsychologInnen (CDU) sind weitere Wahlversprechen. Bündnis90/Die Grünen wollen zudem die Ausbildungsbedingungen "entscheidend" verbessern.

Inklusion, Integration und Digitalisierung

Die Parteien stehen zur **inklusiven Schule** und wollen diese voranbringen und mehr Sonderpädagogen ausbilden. Während SPD und Bündnis90/Die Grünen am Auslaufen der Förderschule „Lernen“ festhalten, wollen CDU und FDP diese erhalten. Nur die „Grünen“ versprechen explizit die sonderpädagogische Grundversorgung auch im SEK I Bereich einzuführen und die komplette Lernmittelfreiheit einzuführen. Für eine **gelingende Integration** mit gleichen Bildungschancen für alle stehen alle Parteien und setzen sich für Gelingensbedingungen ein, die eine erfolgreiche individuelle Förderung versprechen.

Digitales Lernen ist für alle Parteien zukünftig ein fester Bestandteil einer modernen Schule. Die SPD will daher für alle SchülerInnen ab Klasse 3 digitale Endgeräte bereitstellen. FDP und CDU wollen eine „ganzheitliche Umsetzung“ und fordern ein umfassendes Medienbildungskonzept. Allen ist klar, dass es bei der Umsetzung noch viel zu schleppend vorangeht und hier mehr Tempo angebracht ist.

Schulischen Ganztag und der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

Ganztag ist für alle Parteien fester Bestandteil des Schulangebotes und sollen zu Lern- und Lebensorten weiterentwickelt werden. Einen „Ganztag light“ mit Verwehrcharakter soll es nicht geben. Stattdessen ein „qualitativ hochwertiges Angebot“ mit einem rhythmisierenden Tagesablauf. Lokale „Akteure“ sollen eingebunden werden.

Fazit: Mindestens A13/EG13 für alle Lehrkräfte haben die Parteien schon vor der letzten Landtagswahl angekündigt, aber nicht umgesetzt.

Der VBE erwartet jetzt eine zügige Umsetzung des Wahlversprechens und keine weitere Hinhaltetaktik bis zur nächsten Landtagswahl 2027.

Dazu gehört dann auch eine Besoldungserhöhung für SchulleiterInnen und KonrektorInnen sowie Ausbildern und die Schaffung von Beförderungsstellen auch im Grundschulbereich, wie Bündnis90/Die Grünen es vorsehen.

Ohne attraktivere Rahmenbedingungen werden wir den Lehrermangel nicht verringern können. Und ohne zusätzliches pädagogisches Personal werden wir die Arbeitsbedingungen nicht verbessern können – dann bleiben die Ankündigungen leere Versprechungen. Antworten auf die Frage, wie kurz-, mittel-, und langfristig



© shutterstock.com / miyaz27

mehr Schulpersonal gewonnen werden kann, klammern die Parteien in ihren Programmen aus. Das „Lehrkräftegewinnungspaket“ des Kultusministeriums vom Juni 2022 ist dafür jedenfalls nicht geeignet.

Der VBE fordert schon lange eine massive Erhöhung des Bildungsetats, eine echte Ausbildungsinitiative mit einer grundlegenden Reform der Lehrerbildung sowie ein Investitionsprogramm mit einem „Sondervermögen Bildung“.

Allein Bündnis90/Die Grünen bieten hier mit dem „Niedersachsenfond“ eine Lösung an. Unterstützungszusagen für die inklusive Schule bleiben nur Lippenbekenntnisse, wenn es nicht gelingt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Rückkehr zur Förderschule „Lernen“ ist ein Zeichen dafür, dass die inklusive Beschulung in den allgemeinbildenden Schulen nicht gelingt und zu scheitern droht. **Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der wir uns verpflichtet haben. Die Politik muss endlich für die notwendigen Gelingensbedingungen sorgen. Dies gilt auch für den gesetzlichen Anspruch auf individuelle Förderung.**

Wahlversprechen allein reichen dafür nicht aus. Beim digitalen Lernen reicht es nicht, jedem Schüler ein Tablet in die Hand zu drücken. Dazu gehört ein umfassendes Medienkonzept mit Integration in die Lehrpläne, passgenaue Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und eine funktionierende externe Administration. Die Anschlussfinanzierung muss gesichert sein.

Die Parteien stehen zu einem anspruchsvollen Ganztag mit qualifiziertem Personal und Unterstützung durch externe Bildungsträger. Leider kein Wort dazu, wo das zusätzliche Personal und die Räumlichkeiten herkommen sollen und wie der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich ab 2026 abgesichert werden soll. **Die Weichen dazu müssen schon jetzt gestellt werden, das sollte den Parteien klar sein.** 